

ULVnetinfo 8/2020

Die Internet-Version des ULVinfo!

UniversitätslehrerInnenverband an der Universität Wien



ULVnetinfo 8/2020

<http://univie.ulv.at>

ZVR 371289070

Redaktion dieser Folge:

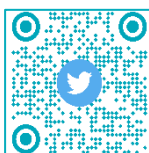
Elizabeta Jenko

elizabeta.jenko@univie.ac.at

Wolfgang Weigel

wolfgang.weigel@univie.ac.at

- Editorial
- Forderungskatalog für Universitäten
- Der Lohn an Universitäten
- Schneller studieren?
- Speziell für Mitglieder
- Nützliche Links





Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum aktuellen Zeitpunkt blicken wir über den Rand unser Alma Mater und dürfen Ihnen in dieser Ausgabe unsere Forderungen für alle österreichischen Universitäten übermitteln. Wir hinterfragen die Aussagen der UNIKO-Vorsitzenden Sabine Seidler zur UG-Novellierung. Die inhaltlichen Stellungnahmen wurden von Stefan Schön verfasst, dem Pressesprecher des ULV-Dachverbandes, des Verbands des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den österreichischen Universitäten.

Wir bitten Sie, in diesen Monaten besonders wachsam zu sein. Gesundheitlich, aber auch hinsichtlich unserer künftigen universitären Entwicklung!

Ihre Michaela Schaffhauser-Linzatti, Vorsitzende

Forderungskatalog für Universitäten

In der durch die Pandemie hervorgerufenen Krisenzeit hat sich die gesellschaftliche Bedeutung des tertiären Bildungsbereichs deutlich manifestiert. Auf der ganzen Welt hing und hängt das Schicksal vieler Menschen von der Fachkompetenz der Mediziner*innen und – mit hohem Erwartungsdruck – von den Forschungsergebnissen zur Entwicklung von Medikamenten bzw. eines Impfstoffs ab. Bereiche wie Logistik, wirtschaftliche Kompetenz, Medienkompetenz, Krisenmanagement, technisches Knowhow, Informatik und vieles mehr erlangten tiefere und neu orientierte Bedeutungen, wobei dieser nachhaltige Veränderungsprozess wahrscheinlich erst an seinem Anfang steht. Aus unserer Sicht ist es daher dringend erforderlich, Erfahrungen mit dem ungewöhnlichen Sommersemester an den Universitäten zu analysieren, die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen und jene Voraussetzungen zu schaffen, die nötig sind, um den universitären Betrieb ab dem laufenden Studienjahr budgetär abgesichert mit deutlicher Ressourcensteigerung sicher zu stellen. Gerade jetzt erwartet sich die Gesellschaft zu Recht solide und fundierte Ergebnisse, mit der die Bewältigung der Krise erreicht werden kann.

Dieser Forderungskatalog richtet sich an die politischen Entscheidungsträger*innen und die Universitätsleitungen zur ausreichenden Ausstattung und Mittelverteilung an den öffentlichen Universitäten. Die Budgetpolitik für die Universitäten muss der Ausnahmesituation und den zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen angepasst werden.

Universitätspolitik im Allgemeinen:

- Grundsätzliche Reform des Konzepts der Studienplatzfinanzierung zur Abkehr von bedarfsorientierter zentralistischer Planwirtschaft mit fragwürdiger Lehrgewichtung.
- Abkehr vom Irrweg der Ökonomisierung der Universitäten.



- Abkehr vom betrieblichen Charakter der Universitäten, die ihre Student*innen als Kund*innen betrachten sollen.
- Entwicklung eines neuen europäischen Publikationskonzeptes.
- Qualitätsinitiative zu Gunsten echter Datenschutzregelungen für Studierende und Lehrende hinsichtlich Forschungsdaten, Daten für Distanzlehre, Persönlichkeitsrechten, u. v. m.

Universitäres Personal:

- Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitnehmer*innenschutzes.
- Beseitigung sämtlicher prekärer Arbeitsverhältnisse.
- Schaffung planbarer universitärer Karrieren.
- Evaluierung des erhöhten Arbeitsaufwands durch den Ersatz von Präsenzlehre durch Distanzlehre.
- Lösungen zur Abgeltung des Mehraufwands für digitale Lehre.
- Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht für psychische Gesundheit am Arbeitsplatz.
- Abgeltung des Mehraufwands, der sich aus den Lockdown-Maßnahmen ergeben hat.
- Wertschätzung und Anerkennung des Stellenwerts der Aufgaben, die vom allgemeinen Personal bewältigt werden.

Forschungsinitiativen:

- Erhöhung des eigenständigen Forschungsanteils des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in den Dienstpflichten statt Fokussierung auf Tatbestände des Zuarbeitens.
- Erhöhung der Relevanz universitärer Forschungsergebnisse für politische Entscheidungsträger*innen (vgl. die Ignoranz gegenüber Katastrophenplänen!).

Homeoffice und Distanzlehre:

- Schaffung einer hinreichenden Ausstattung und einheitliche Standards für E- und Distance-Learning, sowie Schaffung von Mindeststandards der Ausrüstung für Homeoffice bzw. mobiles Arbeiten.
- Budgetäre Sondertöpfe für die erforderlichen Arbeitsmittel.
- Kollektivvertragliche Regelung von Homeoffice und Ersatz des Zusatzaufwandes.

Der überwiegende Teil dieser dringenden Anliegen bedarf der operativen Umsetzung an den Standorten durch die jeweiligen Universitätsleitungen. Flankierend dazu bedarf es angepasster gesetzlicher Grundlagen im Studien- und Arbeitsrecht für eine solide Grundlage zur Entwicklung einer auf interdisziplinärem Austausch basierenden Wissensgesellschaft.

Stefan Schön



Der Lohn an Universitäten

Die pandemisch verursachte Wirtschaftskrise schafft Branchen mit veritablen Überlebenssorgen und solche, die auf der Skala von „wenig betroffen“ bis „systemrelevant“ hohem Leistungsdruck ausgesetzt sind. Das Leistungsspektrum der Universitäten reicht bis zu (über)lebenswichtigen Diensten jener Klinikärzt*innen, die Covid-19 Patient*innen versorgen. Geforscht wird in Richtung Impfstoffe, neue Medikamente, technische Geräte, schlussendlich in allen Bereichen, die zu einer Verbesserung des globalen Gesundheitssystems führen. Die weltweiten Auswirkungen der Pandemie machen deutlich, dass überraschend viele Fachdisziplinen gefordert sind, um Lösungen auf neuen Problemfeldern zu finden. Wirtschaftliche Zusammenhänge, logistische Herausforderungen, ethische Fragen, Soziologie, nahezu alles, was jeweils in Geistes- und Naturwissenschaften zusammengefasst wird, hat Relevanz für die akute Krise, zu deren Überwindung sich die Gesellschaft zu Recht Modelle für die Bewältigung erwartet. Noch vieles mehr, wie beispielsweise künstlerische Leistungen im schmerzlich reduzierten Kulturbetrieb ließe sich anführen. Tatsache ist, dass ein Komplettausfall im Bildungsbereich während des Lockdowns zu einer Maximierung der Katastrophe geführt hätte, wenn nicht – wie im Falle der Universitäten von der Basis aus – aus dem Stand Wege gefunden worden wären, um nicht nur den Forschungsbereich, sondern auch den Bereich der forschungsgeleiteten Lehre in erstaunlich großem Ausmaß aufrecht zu erhalten.

Eigeninitiative und Improvisationskunst des Lehrpersonals mit überwiegend privat eingebrachter EDV-Ausstattung ermöglichten es einer respektablen Anzahl von Studierenden, ihr Semester zu absolvieren. Selbstverständlich gelang dies aus unterschiedlichen Gründen nicht immer und selbstverständlich taten die Universitätsleitungen ihr Bestes, damit spontane Hilfsmaßnahmen für die Umstellung im ungewöhnlichen universitären Alltag greifen konnten. Mehrheitlich traten Kompetenz und Einsatzbereitschaft in Solidargemeinschaft, überwandene Hindernisse und Zweifel, sodass auf diese Weise fast alle Versuche eines angepassten Reglements überholt wurden.

Um es in der Sprache des Arbeitsrechts zu verdeutlichen: Da die Universitäten in den Monaten März und April weitgehend geschlossen waren und die kollektivvertraglich geforderten Vereinbarungen zu Homeoffice nicht existierten, blieb und bleibt vorerst die Treuepflicht des wissenschaftlich und künstlerischen Universitätspersonals als Rechtsgrund dafür, dass digitale Lehre von zu Hause aus konzeptionell und praktisch realisiert wurde. Das geschah im Sommersemester, das um drei Monate verlängert wurde, ohne Aufwandsersatz für private Arbeitsmittel und ohne Rücksicht auf Arbeitszeitüberschreitungen. Warum die gewerkschaftlichen Bemühungen für eine Homeoffice-Regelung nicht sozialpartnerschaftlich aufgegriffen wurden, bleibt ein Rätsel.

Würden wir auf die für März 2021 in Aussicht gestellte bundesgesetzliche Lösung warten wollen, müsste das Wintersemester abgesagt werden.



In Kürze werden die Lohnverhandlungen zur Anpassung der Beamtengehälter starten. Ohne Zweifel haben die betreffenden Berufsgruppen besondere Leistungen in ihren jeweiligen Bereichen, insbesondere am Höhepunkt der Krisensituation, erbracht. Dies zu würdigen, sollte selbstverständlich sein. Ein kleiner Teil des universitären Personals zählt noch zu den Beamt*innen und Vertragsbediensteten, der mittlerweile größere Teil der Beschäftigten an den ausgegliederten Universitäten wartet jedoch mit Spannung auf die kollektivvertraglichen Gehaltsverhandlungen und erwartet sich zu Recht, dass die besonderen Leistungen, die uns in diesem Semester abverlangt wurden, anerkannt, respektiert und honoriert werden. Eine dem Ausnahmesemester geschuldete Gehaltsanpassung sollte gerade heuer deutlich ausfallen – die Betroffenen haben es sich im wahrsten Sinne des Wortes verdient.

Stefan Schön

Schneller studieren - Die Lösung zur Krisenbewältigung?

Die UNIKO Vorsitzende, Rektorin Sabine Seidler meldet sich in einem [Interview](#) zu Wort und tut dies zu einem Zeitpunkt, in dem der Bundesvoranschlag 2020 den Universitäten eine finanzielle Grundabsicherung für die Zukunft zusichert, während gleichzeitig im laufenden Studien-, Forschungs- und Lehrbetrieb pandemisch bedingte Unsicherheit herrscht. Man muss ihr vorweg zu Gute halten, dass sie zumindest an einer Stelle zwischen ihrer persönlichen Position und jener der UNIKO als Ganzes unterscheidet.

Beginnen wir mit dem Universitätsbudget und der Tatsache, dass sich der Bundeskanzler eine neue Universität in Linz gewünscht und deren Schaffung binnen weniger Tage beschließen hat lassen. Obwohl selbst am Standort diese Idee zunächst Kopfschütteln verursacht hatte, wurde kurz darauf Zustimmung signalisiert. Zur Erinnerung: Eben musste eine Phase der Krise mit Universitätsangehörigen in Quarantäne, verunsicherten Studierenden und Lehrenden, unzureichenden Ressourcen, fehlenden Sonderbudgets und unklaren Rahmenbedingungen unter der beschönigenden Bezeichnung „neutrales Semester“ bewältigt werden. Wenige Tage alt ist das neu begonnene Semester mit Fortsetzung der Symptome des vorangegangenen, in dem noch immer nicht die Spielregeln für Homeoffice und Distanzlehre feststehen, geschweige denn klar ist, welche Lehrformate solch plagiativer Vermittlung auf zumutbare Weise weiterhin zugänglich sind. Und ungeachtet der wirklichen Probleme, mit denen die Universitäten zurzeit konfrontiert sind, findet die Regierungsspitze Raum und Zeit für einen Föderalismus populistischer Prägung auf Kosten der Universitäten. Immerhin zeigt sich, dass ausreichend Budget für den universitären Bereich vorhanden ist, allein der vernünftige Einsatz der Mittel fehlt. Es wäre die Aufgabe der UNIKO gewesen, Vernunft einzufordern. Erstaunlich auch, dass man sich mit der Behauptung, dass die Planungs- und Entwicklungskosten für die neue Uni das Gesamtbudget nicht belasten würden, zufrieden gegeben hat. Auch 2009 wurde versprochen, dass die Mehrkosten der Implementierung des Kollektivvertrags separat abgegolten würden, es kam aber nicht dazu. Abgesehen



davon ist die Optik ungünstig, dass die UNIKO Vorsitzende der Arbeitsgruppe für die Planungskosten und Entwicklungsmaßnahmen der neu zu schaffenden TU Linz selbst angehören soll – dies bei allem Respekt vor ihrer fachlichen Kompetenz.

Im weiteren Verlauf des Interviews widmet sich Sabine Seidler dem Studienrecht. Sie persönlich wünscht sich mehr Reglement, damit zielgerichtet in möglichst kurzer Zeit studiert wird. Dies soll mittels Verschärfungen im Universitätsgesetz verwirklicht werden, um Langzeitstudierende zu verhindern. Es sei den Steuerzahler*innen nicht zuzumuten, Personen, die mehrere Studienrichtungen belegen wollen und deshalb - oder auch aus anderen Gründen - mehr Zeit als die sogenannte Toleranzdauer in Anspruch nehmen, zu finanzieren. Wir wollen der Rektorin der TU Wien zugestehen, dass sie eine Universität leitet, die historisch betrachtet aus der Tradition von auf Vermittlung von berufsrelevanten Fertigkeiten fokussierten „Fachschulen“ stammt und erst relativ spät (1975) zur Universität erklärt wurde. Doch seit damals hat sich wohl ein Wandel zur tertiären Bildungseinrichtung vollzogen, die in Forschung und in forschungsgeleiteter akademischer Lehre auf die Hervorbringung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse gerichtet ist. Dies mit dem Ziel, zur Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen. Es sei der TU Wien unbenommen, gemeinsam mit ihrer Rektorin ihre Ausrichtung in größtmöglicher Autonomie und Selbstverwaltung zu definieren. All das lässt sich wörtlich im Gesetz (UG 2002) nachlesen. Mit demselben Recht steht dies selbstverständlich den übrigen Universitäten zu, und an den meisten wird man sich in den Ideen von Rektorin Seidler nicht wiederfinden.

In Zeiten verordneter Ökonomisierung ist es schwierig genug, trotz Studienplatzfinanzierung und Lehrgewichtung die verbliebenen Bereiche frei zu schälen, in denen Forschung, Entwicklung bzw. Erschließung der Künste und Interdisziplinarität überhaupt noch ausreichend stattfinden dürfen. Unser Land wird sich niemals für die Herausforderungen der Zukunft rüsten, wenn die rudimentär verbliebenen Möglichkeiten sukzessive versperrt werden, indem zu den Verschulungstendenzen im Universitätsbetrieb nun auch Untergrenzen der Arbeitszeit für Studierende eingerichtet würden. Nun droht tatsächlich eine semesterweise Mindestanzahl von ECTS-Punkten im Gesetz, um das womöglich für alle Unis und alle Studienrichtungen zu fixieren. Ganz zu schweigen davon, dass die Realität berufstätiger Studierender und solcher, die während des Studiums eine Familie gründen, verdrängt würde. Im Übrigen kann es nicht im Interesse der Steuerzahler*innen liegen, dass Akademiker*innen im Eilverfahren schlecht ausgebildet in jungen Jahren so früh wie möglich auf den Arbeitsmarkt kommen, statt als umfassend ausgebildete Absolvent*innen auf höchstem Niveau ihre Jobs anzutreten. Sabine Seidler bewertet die Situation zu Beginn des wiederum eingeschränkten Semesters als erstaunlich gut und ohne gröbere Probleme. Das stimmt sicherlich nicht. Wir haben gerade ein um drei Monate verlängertes Semester mit Schwierigkeiten zu Ende gebracht. Eine solche Verlängerung kann sich rechnerisch im Wintersemester nicht



ausgehen. Viele curriculare Richtlinien und Satzungsänderungen mit vielfältigen Ausnahmeregelungen zu Lehr- und Prüfungsmethoden bleiben aus gutem Grund vorläufig in Kraft, sie können aber dort niemals greifen, wo digitale Lehre schlichtweg unmöglich ist, etwa beim künstlerischen Unterricht oder Labortätigkeiten. Das Sommersemester wurde mit letzten Kräften gestemmt, im Wintersemester wird bald die Luft ausgehen. Das gilt für Studierende, die ihr Lehrangebot nicht zu 100% erhalten und gleichzeitig innerhalb der Toleranzdauer absolvieren sollen, es gilt für das Lehrpersonal, für das sich aufwendige und unbezahlte Mehrleistungen für letztlich doch unbefriedigende Ergebnisse nicht lohnt und das gilt für das allgemeine Personal, das unter hohem Verantwortungs- und Leistungsdruck für Sicherheit sorgen muss. Es wird Zeit und Geld kosten, bis die Defizite aus der Phase der Versäumnisse ausgeglichen sein werden und wir wissen heute noch gar nicht, wie lange die Phase der Versäumnisse noch dauern wird. Möglicherweise wird sich erst später herausstellen, dass das Budgetziel für die nächste Periode ab 2022 wohl zu kurz greift. Zu sagen, dass die finanziellen Mittel für die Leistungsvereinbarungsperiode 2022–2024 gesichert wären, ist mehr als gewagt. Alles, was wir mit Sicherheit wissen, ist, dass Linz eine technische Universität bekommt.

Stefan Schön

Speziell für Mitglieder

Namens des ULV bedanken wir uns bei allen, die den Mitgliedsbeitrag 2020 bereits beglichen haben. Alle anderen Mitglieder bitten wir um Begleichung ihres Mitgliedsbeitrags. Das ist sehr hilfreich und wichtig, denn der ULV ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein, der sich allein aus den Beiträgen seiner Mitglieder finanziert. Und er lebt von der unentgeltlichen Arbeit seiner Funktionär*innen sowie seiner Mitglieder.

ULV-Mitglieder genießen eine Berufsrechtsschutzversicherung (siehe dazu die Bedingungen auf der Homepage des Dachverbandes). Weiters können sie ihren Jahressteuerausgleich bei Vorlage des Einzahlungsbelegs zur ULV-Mitgliedschaft zu einer ermäßigten Honorarpauschale von 432 Euro inklusive Umsatzsteuer erstellen lassen. Diese Kosten sind zur Gänze steuerlich abzugsfähig und können zu einer entsprechenden Abgabenreduktion führen.¹

Das Konto des ULV: IBAN: AT93 6000 0000 0727 5223. Den steuerlich absetzbaren Betrag können Sie im Rahmen von € 25 bis € 50 selbst bestimmen. Sie unterstützen damit unsere Tätigkeit, gewinnen eine Plattform für Ihre eigenen Anliegen und sind berufsrechtsschutzversichert. Machen Sie auch Ihre Kolleg*innen auf die Vorzüge eine Mitgliedschaft beim ULV aufmerksam! Denn nur gemeinsam sind wir stark!

Weitere Informationen auf ulv.at/mitmachen

Ihr ULV-Team

¹ Infos unter: www.tatschl.at



Nützliche Links

Universitätspolitik

<https://www.derstandard.at/story/2000121556597/hochschuelerschaft-fordert-ruecktritt-von-bildungsminister-fassmann#click=https://t.co/o4TRpQD3PH>

<https://apps.derstandard.at/privacywall/story/2000121275549/fassmanns-ministerium-pocht-auf-pflicht-zu-zuegigem-studium?amplified=True#click=https://t.co/xc4U2Y90lg>

Gesellschaft und Politik

https://science.apa.at/rubrik/bildung/Coronavirus_-_Schulschliessungen_ziehen_hohe_Kosten_nach_sich/SCI_20201109_SCI857422818

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2020_II_463/BGBLA_2020_II_463.pdfsig

https://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/als-das-ende-der-heimarbeit-erkaempft-wurde-17018303.amp.html?twitter_impression=true

<https://www.derstandard.at/story/2000121542789/effekt-des-lockdowns-laut-experten-nur-langsam-zu-erreichen>

https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK1163/index.shtml

Sie haben soeben das ULVnetInfo 8/2020 gelesen.

Danke!

Redaktionelle Wünsche, Anregungen, Kritiken an
[elizabeta.jenko @univie.ac.at](mailto:elizabeta.jenko@univie.ac.at) und wolfgang.weigel@univie.ac.at

Wenn Sie das ULVnetinfo regelmäßig etwa achtmal im Jahr erhalten möchten, wenden
Sie sich bitte an univie@ulv.at

Kontaktmöglichkeiten: <http://univie.ulv.at>
univie@ulv.at
<https://twitter.com/ULVUniWien>

Dachverband: <https://www.ulv.at>